

GERHARD FOUQUET

Politiker, Wissenschaftsorganisatoren und Verbandsfunktionäre

Kieler Historiker vom 19. zum 21. Jahrhundert

Before and after the founding of the Department of History at Kiel University only few historians in Kiel were prepared to swap the university chair for politics or leadership roles at the university and in scientific organisations, either temporarily or permanently. After 1945 five members of the Department of History in Kiel took part in the self-organisation of science on a regional, national and international scale occupying leading positions: Karl Dietrich Erdmann, Hartmut Lehmann, Werner Paravicini, Ludwig Steindorff, and Gerhard Fouquet. For Gerhard Stoltenberg and Ekkehard Klug their academic time was only the preliminary stage of their political careers. During the long period before the Second World War, ambitions for such offices which went beyond the professorship were pronounced only in the decades before the founding of the Department of History. The ›triumvirate‹ of the Paulskirche, Friedrich Christoph Dahlmann, Johann Gustav Droysen, and Georg Waitz, stands out; all three first emerged as politicians under the impact of the revolution of 1848/1849. The historian Otto Scheel, who specialised in regional and Northern European history, failed at the end of April 1933 after two months as rector of the Kiel University, which had been radicalised by Nazi student groups and lecturers. Short biographies of men are presented – women have only been appointed to the Department of History since 2013 (!) – and in addition, references to the circumstances of the time, planning, and success and failure brought together in a prosopography of professors as politicians, academic organisers, and association functionaries are taken into account.

Keywords:

Modern and Contemporary History, University History, Regional History, Cultural History, Constitutional History

Wer und was?

Wenige unter den vielen Persönlichkeiten, die seit Gründung des Historischen Seminars und zuvor als Historiker und Historikerinnen tätig waren und sind, ließen sich dazu verlocken, zeitweise oder für immer die universitäre Lehrkanzel mit der politischen Rednertribüne oder Leitungsaufgaben in Wissenschaftsorganisationen zu tauschen. An der Selbstorganisation der Wissenschaft im regionalen, nationalen und internationalen Maßstab nahmen nach 1945 fünf Mitglieder des Kieler Historischen Seminars in führenden Positionen Anteil: Karl

Dietrich Erdmann (*1910–†1990), Hartmut Lehmann (*1936), Werner Paravicini (*1942), Ludwig Steindorff (*1952) und Gerhard Fouquet (*1952). Für Gerhard Stoltenberg (*1928–†2001) und Ekkehard Klug (*1956) waren ihre akademische Zeit nur die Vorstufe ihrer politischen Karriere. In der langen Zeitspanne vor dem Zweiten Weltkrieg waren die Ambitionen für derartige über Schreibtisch und Lehrkanzel hinausweisenden Ämter nur in den Jahrzehnten vor der Gründung des Historischen Seminars ausgeprägt. Das ›Paulskirchen-Dreigestirn‹ Dahlmann (*1785–†1860), Droysen (*1808–†1884) und Waitz (*1813–†1886) ragt heraus. Friedrich Christoph Dahlmann indes blieb in Kiel schlecht besoldeter, außerordentlicher Professor und engagierte sich in dieser Lebensphase beruflich als Sekretär der schleswig-holsteinischen Ritterschaft und fand auf diesem Weg in die Politik. Georg Waitz und Johann Gustav Droysen waren während ihrer kurzen Kieler Zeit zunächst publizistisch tätig und traten erst unter dem Eindruck der Revolution von 1848/1849 als Politiker hervor. Ihre Namen blieben der Stadt Kiel als Straßenbezeichnungen bis heute erhalten. Heinrich von Treitschke (*1834–†1896) gab in Kiel lediglich ein Gastspiel, er wird daher nur an dieser Stelle erwähnt. Otto Scheel (*1876–†1954) scheiterte Ende April 1933 nach zwei Monaten als Rektor der durch NS-Studentengruppen und Dozenten radikalisierten Kieler Universität. Zeit und Umstände lassen es nicht zu, den einzelnen Persönlichkeiten und ihrem Wirken gerecht zu werden. Es sind essayistische Miniaturen mit Literaturhinweisen zum Weiterlesen, die im Folgenden in einer Prosopographie der Politiker, Wissenschaftsorganisatoren und Verbandsfunktionäre geboten werden.

Historiker als politische Akteure

Gastspiele in der Politik vor Gründung des Historischen Seminars 1872: Friedrich Christoph Dahlmann, Johann Gustav Droysen und Georg Waitz

Johann Christoph Dahlmann, der 1810 in Wittenberg mit einer Dissertation über die Anfänge der athenischen Tragödie und Komödie promoviert worden war und sich 1811 in Kopenhagen in klassischer Philologie habilitiert hatte, wurde auf Protektion seines Onkels, des in der deutschen Kanzlei tätigen Friedrich Christoph Jensen (*1754–†1827), 1812 mit historischen Vorlesungen in Kiel betraut und 1813 auf ein Extraordinariat berufen, »ohne je ein historisches Kollegium gehört zu haben«, wie er in seinen autobiographischen Fragmenten schrieb.¹ Neben seiner Lehrtätigkeit fand Dahlmann sein Auskommen als Sekretär der

1 Zitat aus: Anton Springer, Friedrich Christoph Dahlmann, 2 Bde., hier Bd. 1, Berlin 1870–1872, S. 459. Zu Dahlmann darüber hinaus Karl Jordan, Geschichtswissenschaft, in: Geschichte der Philosophischen Fakultät (Geschichte der Christian-Albrechts-Universität 1665–1965 5, 2), hg. von dems. und Erich Hofmann, Neumünster 1969, S. 7–101, hier S. 27–35; Hermann Heimpel, Zwei Historiker. Friedrich Christoph Dahlmann, Jacob Burckhardt, Göttingen 1962, S. 7–20; Reimer Hansen, Friedrich Christoph Dahlmann, in: Deutsche Historiker, Bd. V, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1973, S. 27–53. Publizistisch war Dahlmann bis dahin lediglich mit einer Schrift über den dänischen Romantiker Adam Oehlenschläger hervorgetreten: Friedrich Christoph Dahlmann, Betragtninger over Oehlenschlägers dramatiske Værker, Kopenhagen 1812.

schleswig-holsteinischen Ritterschaft. Er war die treibende Kraft in den politischen Forderungen der Ritterschaft nach Bestätigung ihrer Privilegien, insbesondere in Steuerfragen. An der Kieler Universität war Dahlmann neben Carl Theodor Welcker (*1790–†1869) der führende Kopf der deutschen Einheits- und Konstitutionalismusbewegung noch ganz im Sinne eines historisch-landständischen Verfassungsmusters, sodass die Forschung von der »Ära Dahlmann« sprach.² Und so war es nahezu selbstverständlich, dass nach der Niederlage Napoleon Bonapartes (*1769–†1812) vor Waterloo am 18. Juni 1815 die Kieler Universität wenige Wochen später, am 7. Juli, den Sieg über die »Macht der Lüge und Bosheit in Gestalt der Napoleonischen Partei« mit einer großen Feier beging.³ Dahlmann, 30 Jahre jung, hielt eine flammende Rede für die Einheit Deutschlands und für den Anspruch der Herzogtümer auf eine gemeinsame liberale Verfassung.⁴ Und es war erneut Dahlmann, der am 28. Januar 1820 bei der Versammlung der Universität zur Geburtstagsfeier für den König die Rede verantwortete. Er nutzte die Gelegenheit, um auf die Karlsbader Beschlüsse zu reagieren und dem König und seiner Regierung in gezierter lateinischer Sprache »mit dem Recht der schleswig-holsteinischen Stände zugleich die Unterteiltheit, die Freiheit, die Deutschheit der Herzogtümer ins Gesicht zu behaupten«.⁵ 1829 verließ Dahlmann Kiel und folgte einem Ruf auf ein Ordinariat in Göttingen. Konsistorium, Kurator und 226 Studenten, mithin nahezu die gesamte Universität Kiel, hatten sich für sein Bleiben vergeblich an den König gewandt.⁶

In den Jahren 1840 bis 1842 wurden in der Kieler Geschichtswissenschaft angesichts ihres immensen Vorlesungsprogramms zwei Professuren geschaffen. Berufen hat man Johann Gustav Droysen und Georg Waitz.⁷ Droysen kam als außerplanmäßiger Berliner Professor mit einer Biographie Alexanders des Großen (*356 v. Chr.–† 323 v. Chr.) und einer begonnenen Monographie zum Hellenismus nach Kiel und blieb an der Förde bis zu seinem Ruf nach Jena im Jahre 1851.⁸ Waitz erhielt – da die schleswig-holsteinische Kanzlei in Kopenhagen es für politisch inakzeptabel hielt, Friedrich Christoph Dahlmann aus Jena zurückzurufen – als unhabilitierter, enger Mitarbeiter von Georg Heinrich Pertz (*1795–†1876)

2 Rainer S. Elkar, *Junges Deutschland im polemischen Zeitalter. Das schleswig-holsteinische Bildungsbürgertum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zur Bildungsrekrutierung und politischen Sozialisation*, Düsseldorf 1979, S. 262–276 auch mit der Darstellung der heftigen Reaktionen auf die Waterloo-Rede gerade unter Schleswiger Studenten; Rudolf Vierhaus, *Friedrich Christoph Dahlmann oder die konstitutionelle Idee*, in: *Freiheit verpflichtet. Gedanken zum 200. Geburtstag von Friedrich Christoph Dahlmann*, hg. von Wilhelm P. Bürklin und Werner Kaltefleiter, Kiel 1985, S. 51–61.

3 Alexander Scharff, *Friedrich Christoph Dahlmann. Leistung und Bedeutung für Universität und Land*, in: *ZSHG (Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte)* 90 (1965), S. 83–100, hier S. 92 (Zitat aus dem Consistorialprotokoll vom 03. Juli 1815, Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 47, Nr. 949).

4 Friedrich Christoph Dahlmann, *Rede zur Feier des Siegs vom 18ten Junius 1815, gehalten am 7ten Julius im großen academischen Hörsale, bei der durch die Kieler Universität angeordneten Festlichkeit*, Kiel 1815. Dazu: Scharff, Dahlmann (wie Anm. 3), S. 92–94; Elkar, *Junges Deutschland* (wie Anm. 2), S. 262–265.

5 Heimpel, Dahlmann (wie Anm. 1), S. 14.

6 Jordan, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 34.

7 Ebd., S. 41–55.

8 Johann Gustav Droysen, *Geschichte Alexanders des Großen*, Berlin 1833; ders., *Geschichte des Hellenismus*, Tl. 12, Hamburg 1836–1843.

in der MGH in der Nachfolge von Andreas Ludwig Jacob Michelsen (*1810–†1881) die zweite Professur. Der Universitätskurator Johann Friedrich Jensen (*1788–†1848) hielt den Schleswiger aus Flensburg für geeignet, Vorlesungen in der Geschichte Dänemarks und der beiden Herzogtümer zu halten.⁹

Johann Gustav Droysen ist in seinen Kieler Jahren, wie er in einem Brief im August 1843 schrieb, »völlig in die Historie übergetreten« und zwar »mit aller Vorliebe [...] in der Gegenwart«.¹⁰ Er nahm zuerst 1843 bei der Tausendjahrfeier des Vertrages von Verdun zum politischen Geschehen publizistisch Stellung, als er sich programmatisch in einer Rede vor der Universität, wie einst Dahlmann in seiner Waterloo-Rede zu einem geeinten Deutschland bekannte.¹¹ Im Jahr darauf wandte er sich in der »Kieler Adresse« gegen die in der Roskilder Ständeversammlung formulierte Forderung, dass der dänische Gesamtstaat auch bei weiblicher Sukzession eine Einheit bleibe.¹²

Georg Waitz war neben seinen vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten als Editor in den *Scriptores*-Bänden V bis VIII der MGH bzw. in Fortführung der *Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Urkundensammlung* und als Autor der ersten beiden Teile seiner *Verfassungsgeschichte*¹³ auch Wissenschaftlicher Sekretär der »Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte«.¹⁴ Hochangesehen in der Fakultät wie im Konsistorium, das ihn unter anderem 1845 zusammen mit Justus Olshausen (*1800–†1882) mit der Ausarbeitung einer Denkschrift für die Erhöhung des universitären Budgets beauftragte,¹⁵ wurde er nach dem Rücktritt aller Deputierten bei den Holsteinischen Ständen in der genannten Auseinandersetzung um den Erlass des »Offenen Briefes« durch König Christian VIII. (*1786–†1848) im Sommer 1846 von der Kopenhagener Regierung zum neuen Beauftragten für die Kieler Universität bestimmt.¹⁶ Man hatte mit Waitz freilich auf

9 Karl Jordan, Georg Waitz als Professor in Kiel, in: Festschrift Percy Ernst Schramm zu seinem siebenzigsten Geburtstag von Schülern und Freunden zugeeignet, Bd. 2, hg. von Peter Classen und Peter Scheibert, Wiesbaden 1964, S. 90–104; Jordan, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 50–55.

10 Rudolf Hübner (Hg.), Johann Gustav Droysen. Briefwechsel, Bd. I, Berlin u. a. 1929, Nr. 144, S. 246.

11 A. Hartmeyer (Hg.), Johann Gustav Droysen's Rede zur tausendjährigen Gedächtnißfeier des Vertrages von Verdun und des Schleswig-Holsteinismus, Kiel 1843; Jordan, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 48.

12 Jordan, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 48.

13 Georg Heinrich Pertz (Hg.), MGH. *Scriptores*, Bd. VIII, Hannover 1844–1848 (darin *Annales S. Benigni Divionensis* u. *Mariani Scotti chronicon*, Bd. V, S. 37–50 u. 481–568; *Ekkehardi Uraugiensis chronica* u. *Annalista Saxo*, Bd. VI, S. 1–267 u. 542–777; *Ex Radulfi Glabri historiarum libri V* u. *Ex chronico S. Benigni Divionensis*, Bd. VII, S. 48–72 u. 235–238; *Gesta Treverorum* u. *Gesta episcoporum Tullensium usque ad. a. 1106*, Bd. VIII, S. 111–260 u. 631–648); Andreas Ludwig Jacob Michelsen u. a. (Hg.), *Urkundensammlung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für Vaterländische Geschichte*, Bd. 1, Kiel 1839–1849; Andreas Ludwig Jacob Michelsen, Georg Waitz und Christian Peter Jessen (Hg.), *Urkundensammlung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für Vaterländische Geschichte*, Bd. 2, Kiel 1858; Georg Waitz, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 2 Bde., Kiel 1844–1847.

14 Dazu: Jordan, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 37–40.

15 Gerhard Fouquet, »Woher das Geld nehmen zur Verbesserung der Universität?«. Die Finanzen der Kieler Universität 1820 bis 1914, in: *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt*, hg. von Oliver Auge, Kiel/Hamburg 2015, S. 141–174, hier S. 144–148.

16 Dazu: Jordan, Waitz (wie Anm. 9), S. 100–102.

das falsche Pferd gesetzt. Er schloss sich der Protestadresse der holsteinischen Stände an. Die Studenten brachten Waitz für seine Haltung einen Fackelzug dar, die Missbilligung des Königs und die Drohung mit Entlassung folgten auf dem Fuß. In seiner Erwiderung am 12. September betonte Waitz, dass nach seiner wissenschaftlichen Auffassung die im ›Offenen Brief‹ verordnete weibliche Erbfolge die Gefahr der rechtlichen Abtrennung der Herzogtümer heraufbeschwöre. Er könne sich keine Beschränkungen auferlegen, »welche mit der Würde der Wissenschaft unverträglich« seien.¹⁷ Diese Haltung wurde auch durch das Konsistorium am 29. September mit dem Hinweis auf die akademische Lehrfreiheit nachdrücklich vertreten. In Kopenhagen ließ man es daraufhin mit einem Schreiben bewenden, das die Lehrfreiheit zwar nicht in Abrede stellte, deren klare gesetzliche Grenzen aber betonte. Die Sukzessionsaffäre fand noch ein Nachspiel in der Schrift *Staats-Erbrecht des Herzogthums Schleswig*, die Waitz zusammen mit acht Kieler Mit-Autoren eine erneute und folgenlose königliche Missbilligung eintrug.¹⁸ Und so war es nur konsequent, dass sich Waitz sofort im März 1848 der provisorischen Regierung zur Verfügung stellte und als Beauftragter nach Berlin entsandt wurde. Im Gepäck hatte er zwei Missionen: Den Einmarsch preußischer Verbände ins Herzogtum Schleswig erreichte er in Verhandlungen. Seine diplomatischen Sondierungen zur Eingliederung des Schleswiger Herzogtums in den Deutschen Bund dagegen überrollten die Umstände. Sie entschieden sich schließlich 1867/1871 unter anderen Vorzeichen.¹⁹

Dahlmann, Droysen und Waitz trafen sich ab Mai 1848 beim Bundestag in Frankfurt wieder, Dahlmann als preußischer Vertrauensmann, Droysen als holsteinischer Abgeordneter und einer der führenden Köpfe der Opposition gegen die dänische Schleswig-Holstein-Politik, Waitz endlich als Deputierter des Kieler Wahlkreises. In den Parteibildungen der Paulskirche schlossen sich alle drei der Kasino-Partei, einer Vereinigung der rechten Mitte, an. Alle drei gehörten auch dem zentralen Verfassungsausschuss an. Sie bildeten zusammen mit dem Schleswiger Wilhelm Hartwig Beseler (*1806–†1884) während seiner ganzen Dauer »einen festen Kern«,²⁰ aus dem Dahlmann hervorragte, »vielleicht der einflußreichste Mann der Nationalversammlung«.²¹ Als die Bemühungen um die kleindeutsche Konzeption der Einheitsfrage mit einem konstitutionellen Erbkaisertum des Hauses Hohenzollern im

17 LASH, Abt. 65.2, Nr. 563, Fasc. Waitz, zit. nach Jordan, Waitz (wie Anm. 9), S. 101.

18 Niels Nikolaus Falck u. a., *Staats-Erbrecht des Herzogthums Schleswig*, Hamburg 1846.

19 Jordan, Waitz (wie Anm. 9), S. 103f. Zu Vormärz und Revolution in Schleswig-Holstein: Hans Schultz-Hansen, *Demokratie oder Nationalismus. Politische Geschichte Schleswig-Holstein 1830-1918*, in: *Geschichte Schleswig-Holstein. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, hg. von Ulrich Lange, Neumünster 1996, S. 427-485, hier S. 427-448.

20 Ferdinand Frensdorff, Art. ›Waitz, Georg‹, in: ADB (Allgemeine Deutsche Biographie) 40 (1896), S. 602-629, hier S. 610. Der bis 1842 in Kiel als Professor tätige Andreas Ludwig Jacob Michelsen war ebenfalls Deputierter und arbeitete mit Dahlmann am Verfassungsentwurf: Werner Buchholz, Art. ›Michelsen, Andreas Ludwig Jacob‹, in: NDB (Neue Deutsche Biographie) 17 (1994), S. 453-454.

21 Veit Valentin, *Die erste deutsche Nationalversammlung. Eine geschichtliche Studie über die Frankfurter Paulskirche*, München u. a. 1919, S. 39. Dazu auch: Hansen, Dahlmann (wie Anm. 1), S. 30f.

Mai 1849 »im Hafen«, wie Dahlmann schrieb, scheiterten,²² zog es Droysen mit der Erkenntnis: »Die Sache der Nation ist jetzt bei Preußen«²³ 1851 an die Universität Jena.²⁴ Dahlmann nahm am Gothaer Nachparlament teil, ließ sich ins Erfurter Unionsparlament wählen und war seit Sommer 1850 Mitglied der preußischen Ersten Kammer.²⁵ Waitz ging zwar auch nach Gotha, aber sein akademisches Zuhause war fortan die Universität Göttingen, bis er 1875 zum Präsidenten der MGH ernannt wurde und in Berlin seine letzte wissenschaftliche Wirkungsstätte fand.²⁶

Politik als Beruf: Gerhard Stoltenberg und Ekkehard Klug, Privatdozenten des Historischen Seminars

Gerhard Stoltenberg und eine Generation später Ekkehard Klug haben sich im Gegensatz zu Dahlmann, Droysen und Waitz für die Politik als Beruf entschieden, was nur die bekannten graduellen Unterschiede zwischen den Anfängen parlamentarischer Systeme mit ihren informellen politischen Verabredungsformen und der Parteiendemokratie des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts belegt. Die Lebenswege von Stoltenberg und Klug begannen in der Christian-Albrechts-Universität. Gerhard Stoltenberg wurde von dem Neuzeithistoriker Otto Becker (*1885–†1955) mit der Dissertation *Der deutsche Reichstag 1871–1873* im Jahr 1954 promoviert und arbeitete danach als wissenschaftlicher Assistent in der Politiker-Kaderschmiede Michael Freunds (*1902–†1972) am Kieler Seminar für Wissenschaft und Geschichte der Politik, die unter anderem auch die bekannten SPD-Politiker Jochen Steffen (*1922–†1987) und Norbert Gansel (*1940) hervorbrachte.²⁷ Im Jahr 1962 habilitierte sich Stoltenberg bei Karl-Dietrich Erdmann mit der Schrift *Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933*.²⁸ »Wissenschaft und Politik,

22 Zitat nach Heimpel, Dahlmann (wie Anm. 1), S. 17. Zum Wirken von Dahlmann, Droysen und Waitz: Niklas Lenhard Schramm, *Konstrukteure der Nation. Geschichtswissenschaftler als politische Akteure in Vormärz und Revolution 1848/49*, Münster 2014, S. 83–122. Zur Paulskirche insgesamt Valentin, *Nationalversammlung* (wie Anm. 21); Martin Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1858–1850* (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus 1), Düsseldorf 1977, S. 415–441 u. 641–716; Wolfram Siemann, *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt a. M. 1993, S. 124–146; Frank Lorenz Müller, *Die Revolution von 1848/49*, Darmstadt 2002, S. 121–133.

23 Johann Gustav Droysen, *Preußen und das System der Großmächte*, in: ders., *Politische Schriften*, hg. von Felix Gilbert, München 1933, S. 212–229, hier S. 227.

24 Jordan, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 1), S. 50f.

25 Hansen, Dahlmann (wie Anm. 1), S. 31.

26 Jordan, Waitz (wie Anm. 9), S. 104; Enno Bünz, *Die Monumenta Germaniae Historica 1819–2019. Ein historischer Abriss*, in: *Mittelalter lesbar machen. Festschrift 200 Jahre Monumenta Germaniae Historica*, hg. von den Monumenta Germaniae Historica, darunter Martina Hartmann u. a., Wiesbaden 2019, S. 15–36, hier S. 18f.

27 Birte Meinschien, *Michael Freund. Wissenschaft und Politik (1945–1965)* (Kieler Werkstücke H 2), Frankfurt a. M. 2012; Wilhelm Knelangen und Birte Meinschien (Hg.), »Lieber Gayk! Lieber Freund!« *Der Briefwechsel zwischen Andreas Gayk und Michael Freund von 1944 bis 1954* (Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 78), Kiel 2015.

28 Gerhard Stoltenberg, *Der deutsche Reichstag 1871–1873* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 7), Düsseldorf 1955; ders., *Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 24), Düsseldorf 1962.

Forschung und politische Praxis« verzahnten sich früh in der steilen und langdauernden Karriere.²⁹ Sie führte Stoltenberg über den Bundesvorsitz der Jungen Union (1955–1961) und über Landtags- und Bundestagsmandate zum Landesvorsitz der schleswig-holsteinischen CDU (1971–1989) und zum Bundesminister für Forschung und Entwicklung in den Regierungen Ludwig Erhards (*1897–†1977) und Kurt Georg Kiesingers (*1904–†1988) (1965–1969). In dieser Umbruchzeit der Universitäten setzte er mit der Förderung der ökologischen Meeresforschung und der Informatik eigene modernisierende Akzente.³⁰ Den Höhepunkt seiner Laufbahn erreichte Stoltenberg als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, ein Amt, in das er von 1971 bis 1982 mehrmals wiedergewählt wurde. Ab 1982 vertrat er in den Regierungen Helmut Kohls (*1930–†2017) als Bundesminister der Finanzen eine ordoliberalen Politik und sorgte zugleich für eine Absenkung der Staatsquote. Das Ende seiner von einer Panzeraffäre mit der Türkei überschatteten, dennoch bedeutenden Politikerkarriere markierte von 1989 an das Amt des Bundesministers der Verteidigung. Kurz vor seinem Tod wurde Gerhard Stoltenberg im November 2001 die Ehrenbürgerwürde des Landes Schleswig-Holstein verliehen.

Ekkehard Klug studierte in der Christian-Albrechts-Universität Geschichte, Soziologie und Slawistik und wurde 1983 mit der Dissertation an der Christian-Albrechts-Universität über das spätmittelalterliche Fürstentum Tver' von dem Osteuropahistoriker Peter Nitsche (*1933–†2018) promoviert.³¹ Klug habilitierte sich 1991 in Kiel über ein altrussisches Thema, war 1998/1999 für zwei Semester mit einer Lehrstuhlvertretung an der Freien Universität Berlin betraut und lehrte viele Semester als Privatdozent in Kiel. Der Wechsel von der Akademie zur Berufspolitik vollzog sich direkt nach der Ernennung zum Privatdozenten. Klug, Mitglied der FDP seit 1973 und zwischen 1989 und 1993 als stellvertretender Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein tätig, wurde 1992 zum Abgeordneten des Landtages gewählt und war dort lange Jahre parlamentarischer Geschäftsführer, von 1993 bis 1996 auch Vorsitzender der FDP-Fraktion.³² Er profilierte sich in der Bildungspolitik,³³ gehörte bis 2009 dem Bildungsausschuss des Landtages an und trug in der Regierung Peter Harry Carstensens (*1947) von 2009 bis 2012 als Minister Verantwortung für Bildung und Kultur. Im Jahr 2017 schied Klug aus dem Landtag aus. Bei den Vorbereitungen zum Deutschen

29 Bernhard Vogel, »Immer für das Ganze ...« Gerhard Stoltenberg. Ein Leben für das Gemeinwohl, in: Gerhard Stoltenberg. Ein großer Politiker und sein Vermächtnis, hg. von dems., St. Augustin 2002, S. 8–15, hier S. 10. Dort auch S. 55–67 ein Überblick über die politische Laufbahn und die wahrgenommenen Ämter sowie ein Schriftenverzeichnis.

30 Hans-Peter Schwarz, Der Platz Gerhard Stoltenbergs in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Gerhard Stoltenberg. Ein großer Politiker und sein Vermächtnis, hg. von Bernhard Vogel, St. Augustin 2002, S. 35–50, hier S. 43.

31 Ekkehard Klug, Das Fürstentum Tver' (1247–1485). Aufstieg, Selbstbehauptung und Niedergang (Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 37), Wiesbaden 1985.

32 Vgl. zu Klug das LIS-SH. Landtagsinformationssystem Schleswig-Holstein: Klug, Ekkehard Dr., <http://lissh.lvn.parlanet.de/cgi-bin/starfinder/0?path=samtfmore.txt&id=fastlink&pass=&search=R=337> (letzter Zugriff: 10.10.2022).

33 Ekkehard Klug, Bildung und Wissenschaft im Ostseeraum, in: Christiana Albertina 55 (2002), S. 22–34.

Historikertag 2004 in Kiel stand Ekkehard Klug dem Organisationsteam am Historischen Seminar als wichtiger Netzwerker zur Verfügung, der verschlossene Türen zu regionalen Medien, zur Politik und zu Unternehmen öffnete.

Brüche, Aufbrüche und Wandlungen: Mitglieder der Kieler Historikerschaft in regionalen, nationalen und internationalen Wissenschafts- und Bildungsorganisationen

Vertretung deutscher Geschichtswissenschaft im Ausland: Hartmut Lehmann und Werner Paravicini

Hartmut Lehmann als Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Instituts Washington (1987–1993)

Hartmut Lehmann wurde mit einer Dissertation über Österreich-Ungarn und die belgische Frage im ersten Weltkrieg in Wien bei Hugo Hantsch (*1895–†1972) promoviert und hat sich in Köln 1967 über den württembergischen Pietismus habilitiert.³⁴ Im Jahr 1969 berief man ihn auf eine Professur für die Frühe Neuzeit an die Christian-Albrechts-Universität. Nach mehrfachen Gastprofessuren und Forschungsaufenthalten in Australien und den USA, wurde Lehmann am 1. August 1987 zum Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Instituts Washington bestellt.³⁵ Im Jahr darauf trat er bereits mit einer Monographie über die nord-amerikanische Luther-Rezeption hervor.³⁶ Das Ziel, das er dem zunächst über eine Stiftung finanzierten Auslandsinstitut vorgab, hieß Komparatistik und Interdisziplinarität: »a continuing dialogue between scholars across the borders of nations, supplemented, of course, by a dialogue across the borders of disciplines«,³⁷ näher hin: beständiger Austausch von Ideen zwischen amerikanischen und deutschen Historikerinnen und Historikern, Studien in amerikanischer Geschichte und des deutsch-amerikanischen Verhältnisses in der ganzen Breite politischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Fragestellungen, Forschungen zu internationalen Beziehungen mit besonderer Betonung der Rollen der USA und Deutschlands, Aufarbeitung und Bereitstellung von einschlägigem Quellenmaterial in amerikanischen Archiven

34 Siehe dazu: Hartmut Lehmann, Österreich-Ungarns Belgienpolitik im 1. Weltkrieg. Ein Beitrag zum deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis, in: HZ (Historische Zeitschrift) 192 (1961), S. 60–93; ders., Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1969.

35 Hartmut Berghoff und Richard F. Wetzell, The German Historical Institute in Washington. 1987–2012, A Short History, in: Bulletin Supplement 8 (2012): The German Historical Institute at 25, S. 7–31, hier S. 9–14 (The Lehmann Era, 1987–1993).

36 Hartmut Lehmann, Martin Luther and the American Imagination (American Studies 63), München 1988.

37 Ders., Preface, in: GHI, Bulletin 1 (1987), S. 3–4, hier S. 3.

und Bibliotheken, Vergabe von Stipendien für Forschungsaufenthalte in den USA, Durchführung von Konferenzen, veröffentlicht in einer eigenen Publikationsreihe, und Lectures, endlich Herausgabe eines Newsletters/Bulletin.³⁸ Hartmut Lehmann und sein Team konnten in den folgenden Jahren das *Bulletin* sowie die wissenschaftlichen Reihen *Publications of the German Historical Institute*,³⁹ die *Studies in German History* und die *Transatlantischen Historischen Studien* auf den Weg bringen. Organisatorisch war in den wenigen Jahren der ›Lehmann Era‹ 1990/1991 der Umzug in die Woodbury-Blair mansion (1607 New Hampshire Ave.), finanziell gefördert durch die VW-Stiftung, zu bewältigen, wissenschaftspolitisch ein Konflikt um die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie auszufeuchten und erfolgreich zu bestehen.⁴⁰ Im Jahr 1993 übergab Hartmut Lehmann das Direktorat des GHI an Detlef Junker (*1939), schon 1992 war er zum Direktor am Max-Planck-Institut für Geschichte berufen worden, eine seit 1997 durch Schließungsszenarien bis hin zum ›magischen Jahr‹ 2004 belastete Endzeit des MPIG.⁴¹

Werner Paravicini und das Deutsche Historische Institut Paris (1993–2007)

Werner Paravicini, von 1969 bis 1984 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des DHI Paris, wurde nach seiner Habilitation an der Universität Mannheim mit der Schrift *Die Preußenreisen. Eine Studie über die Lebensformen des europäischen Adels im 14. Jahrhundert*⁴² 1984 nach Kiel auf die Professur für Mittlere und Neuere Geschichte und Historische Hilfswissenschaften berufen.⁴³ Vom 1. Oktober 1993 bis 31. Oktober 2007 war er als Nachfolger von Horst Möller (*1943, Amtszeit: 1989–1992) der vierte Direktor des DHI Paris, einer wissenschaftlichen Auslandseinrichtung, die 1964 als zweites Deutsches Historisches Institut nach Rom aus der seit 1957/1958 ins Leben gerufenen ›Deutschen Historischen Forschungsstelle‹

38 Ders., Proposals for the General Program and Activities of the German Historical Institute in Washington, in: GHI, Bulletin 1 (1987), S. 6–20.

39 Als erster Konferenzband erschien: Hartmut Lehmann und James J. Sheehan (Hg.), *An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States after 1933* (Publications of the German Historical Institute Washington D.C. 1), Washington 1991.

40 Berghoff/Wetzell, GHI (wie Anm. 35), S. 9f. u. 13f.

41 Peter Schöttler, *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft* (Reprint 15), Berlin 2020, S. 91–123.

42 Werner Paravicini, *Die Preußenreisen des europäischen Adels*, 2 Tle. (Francia. Beiheft 17, 1–2), Sigmaringen 1989–1995; 3. Tl.: ders., *Adlig Leben im 14. Jahrhundert. Weshalb sie fuhren: Die Preußenreisen des europäischen Adels* (Vestigia Prussica), Göttingen 2020.

43 Vgl. zu Paravicini den Beitrag im ›Personalverzeichnis‹ des Historischen Seminars der CAU Kiel: Prof. Dr. Werner Paravicini, www.histsem.uni-kiel.de/de/das-institut-1/personalverzeichnis/professoren/paravicini (letzter Zugriff: 10.10.2022).

zur Erforschung des deutsch-französischen Verhältnisses gegründet wurde.⁴⁴ Dieser Fokus hat Karl Ferdinand Werner (*1924–†2008, Amtszeit: 1968–1989) um die gesamten west-europäischen Bezüge erweitert.⁴⁵ Das Institut sah sich aber stets seinem Identitätskern verpflichtet, wesentlicher Akteur für die Aufarbeitung und Vermittlung geistes- und gesellschaftswissenschaftlicher Themen zwischen Frankreich und Deutschland zu sein.⁴⁶

Werner Paravicini hatte als Institutsdirektor zwei beachtliche institutionelle Veränderungen und Umbrüche zu administrieren. Zum einen waren die unter Horst Möller begonnenen Renovierungsarbeiten im neuen Institutsgebäude, dem prachtvollen Hôtel Duret de Chevry an der rue du Parc-Royal zu Ende zu bringen, das Haus im Mai 1994 in Anwesenheit des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (*1920–†2015) zu eröffnen und es vor allem danach »für mehr Öffentlichkeit und für mehr Digitalisierung« zu öffnen.⁴⁷ Zum anderen musste die Änderung der Rechtsform von einem Bundesinstitut, das dem BMBF zugeordnet war, zu der öffentlich-rechtlichen »Max Weber Stiftung« der deutschen geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland bewältigt werden. Zugleich brachte Werner Paravicini in die Arbeit des Instituts mit seinem medialen Zentralorgan der *Francia*, seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungsreihen und zahlreichen Editionsprojekten eigene Akzente mit der Perspektive auf das Herzogtum Burgund im 14. und 15. Jahrhundert ein. Im Jahre 1994 prospektiert und in der Folge durch zahlreiche Veröffentlichungen umgesetzt wurden die Hofordnungen der Herzöge von Burgund, der Briefwechsel Karls des Kühnen (*1433–†1477), ab 2003 die *Prosopographica Bugundica* auf elektronischer Basis – sie wurde 2007 zu einem virtuellen Burgund-Portal erweitert – und die gemeinsam mit Michael Werner (*1946) geplante und publizierte Buchreihe *Deutsch-französische Geschichte*.⁴⁸ Daneben war es Werner Paravicini ein wichtiges Anliegen, dass das DHIP wie schon unter seinen Vorgängern auch in der Neuzeit vor allem in der Zeitgeschichte ähnliche Aktivitäten entfaltete und entsprechende Projekte umsetzte.⁴⁹

44 Zu den Aufgaben des DHI Paris: Karl Ferdinand Werner, Deutsches Historisches Institut Paris 1958–1983, Paris 1983, S. 7–17; Werner Paravicini, Das Deutsche Historische Institut Paris/L'Institut Historique Allemand, in: Das Deutsche Historische Institut Paris. Festgabe aus Anlaß der Eröffnung seines neuen Gebäudes, des Hôtel Duret de Chevry/L'Institut Historique Allemand. Publié à l'occasion de l'inauguration solennelle de sa nouvelle demeure, l'Hôtel Duret de Chevry, hg. von dems., Sigmaringen 1994, S. 71–105, hier S. 71–79; Werner Paravicini, Wachstum, Blüte, neue Häuser. Das Institut in den Jahren 1968–2007/Croissance, floraison, demeures nouvelles. l'institut pendant les années 1968–2007, in: Das Deutsche Historische Institut Paris/L'Institut historique allemand 1958–2008, hg. von Rainer Babel und Rudolf Große, Ostfildern 2008, S. 85–169.

45 Paravicini, Deutsches Historisches Institut (wie Anm. 44), S. 81.

46 Leitbild DHIP: Forschen – Vermitteln – Qualifizieren, www.dhi-paris.fr/fileadmin/user_upload/DHI_Paris/01_Institut/01_Ueberblick/Leitbild_DHIP_aktualisiert_DE.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2022).

47 Briefliche Mitteilung Werner Paravicinis vom 18. Dezember 2021.

48 Paravicini, Deutsches Historisches Institut (wie Anm. 44), S. 96–100; Werner Paravicini, L'Institut Historique Allemand de Paris. Ce qui s'est réellement passé, in: *Revue des Deux Mondes* (2005), S. 206–210; Paravicini, Wachstum (wie Anm. 44), S. 103–120. Zu den zahlreichen Veröffentlichungen siehe den Beitrag von Werner Paravicini in diesem Band: <https://doi.org/10.38072/978-3-928794-80-0/p13>.

49 Vgl. etwa die *Pariser Historische Studien* 33, 2 (1993), S. 43, 45f., 49–59, 62–67, 69–74, 76–79, 81f. u. 87–90.

Nationale und internationale Verbandsfunktionen

Karl Dietrich Erdmann als Multifunktionär zwischen Deutschem und Internationalem Historikerverband (1962–1980)

Im Jahre 1953 entschied sich das Kieler Kultusministerium nach einem von innen und außen befeuerten Intrigenspiel einflussreicher Persönlichkeiten wie Hans Rothfels (*1891–†1976), Theodor Schieder (*1908–†1984) und Alfred Heuß (*1909–†1995) um die drei Kandidaten Werner Conze (*1910–†1986), Karl Dietrich Erdmann und Golo Mann (*1909–†1994) gegen Mann als Kandidaten der Fakultät und berief Erdmann auf die Professur für mittlere und neuere Geschichte in der Nachfolge von Otto Becker.⁵⁰ Die Herausgeberschaft der 1950 von Erdmann gegründeten Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (GWU), seine fachliche Reputation, insbesondere in der bis dahin von der deutschen Forschung wenig beachteten und wenig geschätzten Geschichte der Weimarer Republik, auch seine politische Haltung als National-Konservativer und kolportierter Gegner des Nationalsozialismus sprachen für ihn.⁵¹ Erdmann, der bereits 1951/1952 eine öffentliche Aufgabe als Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission übernommen hatte, erzielte auf seiner Kieler Professur zunehmend öffentliche Wirkung und entwickelte sich seit den frühen 1960er Jahren vor allem durch sein Eingreifen in die Debatte zwischen Fritz Fischer (*1908–†1999) und Gerhard Ritter (*1888–†1967) um die Kriegsschuldfrage und durch die Auseinandersetzungen um die ›Riezler Tagebücher‹⁵² zu einem bekannten Akteur in zahlreichen kultur- und bildungspolitischen Foren der Bundesrepublik.⁵³

Auf dem 25. Deutschen Historikertag in Duisburg im Oktober 1962 wurde Karl Dietrich Erdmann zum Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands gewählt.⁵⁴ In seiner präsidialen Rede zur Eröffnung des folgenden Historikertages an der Freien Universität Berlin von 1964 hob Erdmann hervor, dass es Wunsch der gesamten Historikerschaft gewesen sei, »den diesjährigen Kongreß in der deutschen Hauptstadt abhalten zu können«. Er verstärkte seine politische Provokation durch den nachgeschobenen Satz, dass Berlin »heute in einem intensiveren und für uns alle verbindlicheren Sinne deutsche

50 Arvid von Bassi, Die Berufung Karl Dietrich Erdmanns an die Christiana Albertina im Jahre 1953, in: *Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945* (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 88), hg. von Christoph Cornelißen, Essen 2014, S. 130–159.

51 Karl Dietrich Erdmann (Hg.), Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 48), Göttingen 1973. Zur Kontroverse um die mögliche Nähe Erdmanns zur nationalsozialistischen Ideologie nur: Christoph Cornelißen, Karl Dietrich Erdmann. Fortsetzung einer Debatte und offene Fragen, in: *GWU* 61 (2010), S. 692–699 mit weiterer Literatur.

52 Dazu etwa: Volker Berghahn, Die Fischer-Kontroverse. 15 Jahre danach, in: *Geschichte und Gesellschaft* 6, 3 (1980), S. 403–419; Karl Dietrich Erdmann und Egmont Zechlin, Krieg und Frieden. Politik und Geschichte – Europa 1914, Kiel 1985.

53 Bassi, Berufung (wie Anm. 50), hier S. 131; Arvid von Bassi, Karl Dietrich Erdmann. Historiker, Wissenschaftsorganisator, Politiker, Berlin 2022.

54 Bericht über die 25. Versammlung deutscher Historiker in Duisburg. 17. bis 20. Oktober 1962 (*GWU. Beiheft* 1963), Stuttgart 1963, S. 128.

Hauptstadt« sei, »als sie es je gewesen ist.«⁵⁵ Die Vereinnahmung aller Versammelten unter dieser nationalkonservativen Haltung entsprach der offiziellen Linie deutscher Geschichtswissenschaft, in der sich die wenigen anderslautenden Stimmen verloren. Ambivalent dazu stand, dass erstmals eine geschichtsdidaktische Sektion auf einem Historikertag vertreten war, gewiss nicht ohne Erdmanns Zutun als Herausgeber der GWU, aber doch auch in der erklärten geschichtspolitischen Absicht, so Erdmann, der Verwässerung des gymnasialen Geschichtsunterrichts »durch die ungenaue Programmatik der Gemeinschaftskunde« ein universitär »historisches Propädeutikum« entgegenzustellen. Das möge dann zu einer »fruchtbare[n] Reformdiskussion« führen.⁵⁶ Die Verwirklichung dieses Wunsches, der erst gegen den Strukturkonservatismus vieler Historischen Seminare durchzusetzen war, sollte noch manche Jahre dauern. In seiner Erwiderung ging der regierende Bürgermeister Berlins, Willy Brandt (*1913–†1992), mit keinem Wort auf die ›Hauptstadtfrage‹ ein. Er stellte vielmehr die politische Situation des geteilten und seit August 1961 auch durch eine Mauer getrennten Berlins in den ›Kunstgriff‹, wie wohl künftige Historiker über die Geschehnisse der Stadt mit dem Blick auf die Nachkriegszeit, die Gegenwart und die Entwicklungen der kommenden zwei Jahrzehnte urteilen werden. »Und sie werden feststellen,« beendete Brandt seine Rede: »die deutsche Frage wurde dann gelöst, als der internationale Rahmen es zuließ und weil die Deutschen selbst sich nicht aufgegeben hatten und nach manchem Schwanken doch der Situation gewachsen gewesen waren.«⁵⁷

Auch dem nächsten Historikertag 1967 in Freiburg stand Erdmann noch als Vorsitzender vor. Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg hielt die politische Grußadresse. In der Mitgliederversammlung wählte man satzungsgemäß Theodor Schieder zum Nachfolger Erdmanns als Vorsitzenden.⁵⁸ In seiner Abschiedsrede betonte Erdmann die wichtige Thematik des Freiburger Historikertages »die Reflexion der Geschichtswissenschaft auf sich selbst, auf einige Hauptfragen ihrer Methodik, auf ihr Verhältnis zur Politik und Soziologie« in die Geschichte solcher Methodendiskussionen auf den ersten Historikertagen 1893 und 1894 in München und Leipzig ein. Ihn interessierte dabei die damals erörterten Beziehungen der Geschichtswissenschaft zur »schulpolitischen Situation« mit ihrer Abkehr vom humanistischen Bildungsideal, wie sie durch die Cabinetsordre Wilhelms II. (*1859–†1941) von 1889 entstanden war. In seinem Ausblick auf die Debatte in der Weimarer Republik fügte Erdmann eine Bemerkung Karl Brandis (*1868–†1946) auf dem Historikertag von 1932 ein, der das »letzte Ziel« von Geschichte als Wissenschaft »in der Schaffung eines Gesamtwillens« beschrieb. Die Pervertierung dieses Gesamtwillens, von der »sich die Histo-

55 Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin. 7. bis 11. Oktober 1964 (GWU. Beiheft 1965), Stuttgart 1965, S. 9–12, hier S. 9.

56 Ebd., S. 11.

57 Ebd., S. 12–14, hier S. 12 u. 14.

58 Bericht über die 27. Versammlung deutscher Historiker in Freiburg/Breisgau. 10. bis 15. Oktober 1967 (GWU. Beiheft 1969), Stuttgart 1969.

riker keine Vorstellung gemacht hätten«, sei von solcher Rede, so Erdmann, nur ein halbes Jahr entfernt gewesen.⁵⁹

Ein Jahr vor der Weitergabe des Vorsizes im Historikerverband an Theodor Schieder war Karl Dietrich Erdmann als einer von 18 Mitgliedern, die sich aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmersverbänden, den beiden großen Konfessionen, den politischen Parteien sowie vor allem der »Theorie und Praxis« der Bildung« rekrutierten, in die von Bund und Ländern 1965 neugegründeten Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats berufen und zum Vorsitzenden der Bildungskommission wie des gesamten Bildungsrats bestellt worden.⁶⁰ Für die Presse war er der »heimliche Bundeskulturminister«.⁶¹ Der sich aus Regierungs- und Bildungskommission zusammensetzende Bildungsrat sollte der durch die Kulturhoheit der Länder seit den 1950er Jahren immer stärker von der Öffentlichkeit als Mangel wahrgenommenen fehlenden nationalen Bildungsplanung durch beratende Expertise aufhelfen und ähnlich wie der 1957 ins Leben gerufene Wissenschaftsrat bislang nicht gegebene politische Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Trotz seiner komplexen strukturellen Tektonik, die sich *per se* durch die diversen bildungspolitischen Konzeptionen, die Problematiken zwischen Flächen- und Stadtstaaten sowie durch den Kulturföderalismus und die konkurrierenden Kompetenzen des Bundes ergaben,⁶² gelang es dem Bildungsrat unter Erdmanns Vorsitz bis 1970 durch Berufung von Ausschüssen und Unterausschüssen seine Arbeit organisatorisch sinnvoll zu entfalten. Dadurch konnten besonders in den Jahren 1969 und 1970 eine Reihe von Bildungsprogrammatiken der Öffentlichkeit vorgestellt werden, die wie die Empfehlungen »zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen«, »zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen« oder »zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung« vorgelegt werden. Diese und der abschließende »Strukturplan für das Bildungswesen« sollten die Bildungspolitik der Bundesrepublik nachhaltig mitbestimmen.⁶³

Fünf Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bildungsrat wurde Karl Dietrich Erdmann 1975 auf dem XIV. Kongress in San Francisco als erster Deutscher zum Vorsitzenden des *Comité International des Sciences Historiques* gewählt. Dem Welthistorikerverband stand er bis zum XV. Kongress in Bukarest 1980 vor. Erdmann hat nach seinem Ausscheiden über die Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des

59 Ebd., S. 101–102, hier S. 102; Karl Dietrich Erdmann, Geschichte, Politik und Pädagogik. Aus den Akten des Deutschen Historikerverbandes, in: GWU 19 (1968), S. 2–21, hier S. 20 (verändertes Zitat: »Ein halbes Jahr später lag die Macht bei denen, die die so eingestimmte Geschichte als Mittel zu einer Stimmungsmache verwendeten, und zwar für Ziele, die gänzlich außerhalb des politischen Vorstellungsbereiches lagen, in dem man sich bis dahin auf den Historikertagen bewegt hatte.«). Zu Brandis Rede: Bericht über die 18. Versammlung deutscher Historiker in Göttingen. 2. bis 5. August 1932, Berlin 1933, S. 9–10.

60 Klaus Hüfner und Jens Naumann, Konjunkturen der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Der Aufschwung (1960–1967), Stuttgart 1977, S. 174–189, hier S. 181.

61 Eberhard Jäckel, Karl Dietrich Erdmann 1910–1990, in: HZ 252 (1991), S. 529–539, hier S. 534.

62 Hüfner/Naumann, Konjunkturen (wie Anm. 60), S. 186f.

63 Klaus Hüfner u. a., Hochschulkonjunktur und Flaute. Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1967–1980, Stuttgart 1986, S. 149–163, hier S. 154f.

Weltverbandes seit 1898 die bekannte Schrift *Die Ökumene der Historiker* vorgelegt.⁶⁴ In ihr charakterisierte er die »politische Grundfiguration in den internationalen Beziehungen« zwischen 1960 und 1985 als »Antagonismus der beiden rivalisierenden Gesellschaftssysteme«. Diese Gegensätze hätten als »ein Element der ›langen Dauer‹« zusammen mit ihren Oberflächenereignissen »des Kalten Krieges und der Entspannung« auch und gerade die Kongresse der internationalen Geschichtswissenschaft orchestriert. Die »Grundfiguration von Polarität und Konvergenz« sei allerdings durch »eine langsam Konturen gewinnende Pentarchie: Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Japan, China und Europa« überlagert worden.⁶⁵ Für die Theorie und Methodendiskussion der Geschichtswissenschaft auf den Kongressen konstatierte Erdmann eine von jener weltpolitischen Situation beeinflusste Auseinandersetzung um das Verhältnis »der Strukturgeschichte zu den aus der Tradition des Historismus stammenden Denkweisen«. Außerdem habe sich durch die letzten Kongresse »das Verhältnis zwischen diesen beiden im Phänomen des ›Neohistorismus‹ konvergierenden Tendenzen zum marxistisch-leninistischen Historismus« »als ein in sich zusammenhängender Vorgang« hindurchgezogen.⁶⁶ Wichtig, was die spätere Entwicklung der internationalen Geschichtswissenschaft angeht, sind die Beobachtungen Erdmanns, dass sich auf den Kongressen »marxistische und westliche Historiker« einig darin gewesen seien, »das Zusammenwachsen der Welt« führe »zu einem realen universalen Wirkungszusammenhang in unserer Zeit«. Dieses Phänomen zwingt dazu, so Erdmann, »auch den universalen historischen Entwicklungszusammenhang neu zu durchdenken« – eine hellsichtige Autopsie der frühen Entstehungsbedingungen moderner universalhistorischer Komparatistik.⁶⁷

Gerhard Fouquet, der Kieler Historikertag 2004 und Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (2002–2008)

Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands in Halle 2002 schlug Gerhard Fouquet, der als Nachfolger Werner Paravicinis die Professur der Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den Jahren von 1996 bis 2018 inne hatte, im Auftrag des Historischen Seminars, Kiel als Austragungsort des nächsten Historikertages vor.⁶⁸ Mit dem Votum des Verbandes kehrte er nach Kiel zurück und gewann mit Arnd Reitemeier (*1967), dem damaligen Assistenten am mediävistischen Lehrstuhl von Heinz Dormeier (*1947), seit 2008 Professor für niedersächsische Landesgeschichte in Göttingen, den kompetenten Geschäftsführer des sich bildenden kleinen Vorbereitungsstabes. Dan-

64 Karl Dietrich Erdmann, *Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques* (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Phil.-hist. Klasse 3, 158), Göttingen 1987. Zur Wahl: ebd., S. 365.

65 Ebd., S. 337 (Zitate) u. 337–375.

66 Ebd., S. 336f. u. 391–442.

67 Ebd., S. 378f.

68 Andreas Ranft und Markus Meumann im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (Hg.), *Traditionen – Visionen. 44. Deutscher Historikertag in Halle an der Saale vom 10. bis 13. September 2002. Berichtsband*, München 2003.

kenswerterweise wurde die Stelle für zwei Jahre von der Kieler Universitätsleitung finanziert. Auf diese Weise arbeiteten Reitemeier, und Fouquet seit Anfang 2003 im Ausschuss des Historikerverbandes mit, trugen dort regelmäßig den Stand der Vorbereitungen vor, waren an der Debatte um die Thematik des Kieler Tages ›Kommunikation und Raum‹ beteiligt, konnten Neuerungen wie die Partnerregionen Polen und die Baltischen Staaten – auf dem Historikertag sprach der ehemalige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki (*1927–†2013) –, das Doktorandenforum und die Vorträge für Schülerinnen und Schüler vorschlagen und umsetzen, kümmerten sich um die komplexe Finanzierung des Kongresses, sorgten für die mediale Wahrnehmung des Historikertages in der Öffentlichkeit und organisierten endlich den reibungslosen Ablauf der Großveranstaltung mit rund 3600 registrierten Besucherinnen und Besuchern vom 14. bis 17. September 2014.⁶⁹

Auf der Kieler Mitgliederversammlung wurde mit Peter Funke (*1950) als Vorsitzendem, Barbara Stollberg-Rilinger (*1955) als stellvertretender Vorsitzenden, Axel Schildt (*1951–†2019) als Schriftführer und Gerhard Fouquet als Schatzmeister ein neuer Vorstand gewählt. In den folgenden vier Jahren Verbandsarbeit mit der Vorbereitung der Historikertage in Konstanz (2006) und Dresden (2008) galt es, den Verband durch die Einrichtung einer Geschäftsstelle zu professionalisieren.⁷⁰ Die Defizite gerade in der Organisation der Schriftführung und der Schatzmeisterei waren auf Dauer nicht mehr zu akzeptieren. Dafür wurden auf dem Dresdner Historikertag durch die Verdopplung der Mitgliederbeiträge die entsprechenden Weichen gestellt. Hochschulpolitisch versuchten Vorstand und Ausschuss vor allem durch die Formulierung von Standards für das Geschichtsstudium und die Geschichtslehrausbildung auf die Großreform der Studiengänge im Bologna-Prozess einzuwirken. Auf dem Konstanzer Historikertag wurde der Kieler Neuzeithistoriker Christoph Cornelißen (*1958) in den Ausschuss gewählt. Gerhard Fouquet trat im September 2008 als amtierender Präsident der Kieler Universität von seinem Amt als Schatzmeister zurück und machte Platz für Andreas Ranft (*1951), der im Jahre 1999 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kieler Historischen Seminar auf die Professur für Mittelalterliche Geschichte in Halle berufen worden war und der Schatzmeisterei des Historikerverbandes bis 2016 vorstand.

Ludwig Steindorff, der Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker und die Schleswig-Holsteinische Universitätsgesellschaft (2003–2017)

Ludwig Steindorff, wissenschaftlich profiliert mit einer Münsteraner Dissertation über hochmittelalterliche dalmatinische Städte und der Habilitationsschrift über *Memoria in*

69 Arnd Reitemeier und Gerhard Fouquet im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (Hg.), *Kommunikation und Raum*. 45. Deutscher Historikertag in Kiel vom 14. bis 17. September 2004. Berichtsband, Neumünster 2015, S. X–XV.

70 Clemens Wischermann im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (Hg.), *Geschichtsbilder*. 46. Deutscher Historikertag in Konstanz vom 19. bis 22. September 2006. Berichtsband, Konstanz 2007; Martin Jehne, Winfried Müller und Peter E. Fäßler im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (Hg.), *Ungleichheiten*. 47. Deutscher Historikertag in Dresden 2008. Berichtsband, Göttingen 2009.

Altrussland,⁷¹ wurde 2000 in der Nachfolge von Peter Nitsche (*1933–†2018), auf die Kieler Professur für Osteuropäische Geschichte berufen. Hochangesehen in seinem Fach und zugleich interessiert an hochschulpolitischen Fragen⁷² wählten ihn 2003 die deutschen Osteuropahistorikerinnen und -historiker zum Vorsitzenden ihres Verbandes. Die Zeit als Vorsitzender des VOH war gekennzeichnet durch das teils erfolgreiche Engagement gegen den Verlust einzelner Professuren, hochschulpolitisch orchestriert durch die abnehmende allgemeinpolitische Bedeutungszumessung der Osteuropaforschung nach der Wiedervereinigung von 1989 und dem interimistischen Aussetzen des Kalten Krieges.⁷³ Anliegen war es unter diesen Umständen zugleich, die unterschiedlichen wissenschaftlichen Osteuropa-vereinigungen stärker zu vernetzen und engere Abstimmungen in der Wissenschaftspolitik zu forcieren. Der VOH beteiligte sich unter Steindorffs Vorsitz unter anderem an dem von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde initiierten ›Aufbauprogramm Ost- und Südosteuropaforschung‹ und an der durch die HRK ins Leben gerufene Erhebung zur Lage und Kartierung der ›kleinen Fächer‹. Die Solidarität mit den anderen Fächern der Osteuropaforschung, insbesondere der Slawistik, habe, so Steindorff in seinem Resümee der letzten Jahre, die ambivalente Einordnung der Osteuropageschichte als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft überwogen. Die zweite besondere Herausforderung des VOH sah Steindorff im Umgang mit der Bologna-Reform. Sammlung und Austausch von Informationen standen im Zentrum der Verbandsarbeit. Die Studienreform habe nach Steindorff zwar nicht zu zusätzlichen Stellenkürzungen in der osteuropäischen Geschichte geführt. Aber die Frage bliebe, »inwieweit das neue System eine stärkere Spezialisierung im Laufe des Studiums« erschwere – eines der grundsätzlichen Probleme der Studienreform überhaupt.⁷⁴

Im Jahre 2009 gab Ludwig Steindorff den Vorsitz im VOH ab, um sich einer neuen, ihm durch das Präsidium der Kieler Universität angetragenen Aufgabe der Wissenschaftlichen Leitung der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft zu widmen. Die 1918 gegründete, in 49 Sektionen in Schleswig-Holstein und Süddänemark verbreitete SHUG⁷⁵ ist mit den zahlreichen Vorträgen der Professorinnen und Professoren der Kieler Universität vor jährlich ungefähr 20.000 Zuhörern das zentrale Instrument, um den auch durch die HRK 2018 verstärkt von den Universitäten geforderten ›dritten Weg‹ zu gehen. Steindorff hat dem Profil der SHUG, eine Brücke des Forschungswissens in die Gesellschaft zu sein und zugleich, wie er es in der Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum formulierte, »auf

71 Ludwig Steindorff, *Die dalmatinischen Städte im 12. Jahrhundert. Studien zu ihrer politischen Stellung und gesellschaftlichen Entwicklung* (Städteforschung A 20), Köln/Wien 1984; ders., *Memoria in Altrussland. Untersuchungen zu den Formen christlicher Totensorge* (QuSGÖE (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa) 38), Stuttgart 1994.

72 Ludwig Steindorff, *Hochschulreform in Kroatien. Das kroatische Hochschulgesetz vom 18. Oktober 1993* (Dokumente zur Hochschulreform 99), Bonn 1995.

73 Erwin Oberländer und Ludwig Steindorff, *Zur Geschichte des ›Verbandes der Osteuropahistorikerinnen und -historiker (VOH)‹*, <http://www.osteuropa-historiker.de> (letzter Zugriff: 10.10.2022).

74 Ebd.

75 Ludwig Steindorff, *Kurze Geschichte der SHUG*, in: *100 Jahre SHUG. Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft Brücke zwischen Universität und Land*, hg. von dems., Husum 2019, S. 8–13.

Fragen zu reagieren, die von der Gesellschaft an die Wissenschaft herangetragen werden«, viel Zeit in den acht Jahren seiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Leiter gewidmet.⁷⁶ Er hielt selbst zahlreiche Vorträge in den Sektionen. Seine Sorge galt vor allem dem zweiten Pfeiler dieser »Brücke zwischen Universität und Land«, den ehrenamtlich geführten Sektionen. Dort stellte insbesondere die zurückgehende Bereitschaft für das Amt der Sektionsleitung ein strukturelles Problem dar. Daneben konnte aber auch das Profil der SHUG in Steindorffs Jahren geschärft werden. Parallel zur allgemeinen Zuhörerschaft der ›best agers‹ wurde unter Steindorffs Leitung ab 2008 das Programm ›Schüleruniversität‹ und seit 2010 das Format ›Universität kommt zur Schule‹ aufgebaut. Zwei Förderpreise konnten dank der Stiftung Professor Dr. Jürgen Miethkes (*1938), des früheren Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes Schleswig-Holstein, und durch die Förderung der Brunswiker Stiftung, ausgeschrieben werden: der ›Fakultätenpreis‹, vergeben an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der CAU, und der ›Professor Miethke-Förderpreis‹ zur Honorierung »von fachlichem und forschendem Engagement außerhalb von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land Schleswig-Holstein«. ⁷⁷ Die Satzungsreform von 2013, die die Rolle der Sektionsleiterkonferenz stärkte und die Festlichkeiten zum hundertjährigen Jubiläum mit ihren Veranstaltungen und der Ausstellung in der Kieler Universitätsbibliothek bildeten weitere Höhepunkte im Wirken Ludwig Steindorffs für die SHUG und zum Wohl der Kieler Universität.⁷⁸

Historiker als Hochschulpolitiker. Die Rektoren / Präsidenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel: Otto Scheel (1933), Karl Dietrich Erdmann (1966/1967) und Gerhard Fouquet (2008–2014)

Otto Scheel – ›Übergangsrektor‹ 1933

Otto Scheel aus Tondern, habilitiert in Kiel in systematischer Theologie und seit 1906 in Tübingen als Professor für Kirchengeschichte lehrend, wurde 1924 auf die neugeschaffene Professur für Landes-, Reformations- und Nordeuropäische Geschichte berufen.⁷⁹ 1920 politisch aktiv bei der Volksabstimmung in Nordschleswig, hochschul- und wissenschaftspolitisch engagiert als Vorsitzender des Verbandes deutscher Hochschulen von 1925 bis 1927, der nationalen Interessenvertretung der Hochschullehrerschaft in der Weimarer Republik,⁸⁰ und seit 1931 Vorsitzender des Vereins für Reformationsgeschichte (bis 1946),⁸¹ wählte ihn

76 Ludwig Steindorff, Die SHUG 1993–2018. 25 Jahre Kontinuität und Wandel, in: Ebd., S. 14–114, hier S. 92.

77 Steindorff, SHUG (wie Anm. 76), S. 81–84, hier S. 82.

78 Ebd., S. 55–58 u. 94–99.

79 Jordan, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 1), S. 83–85.

80 Franz J. Bauer, Geschichte des Deutschen Hochschulverbandes, München 2000, S. 11–24.

81 Karl-Heinz Fix, Otto Scheel (1876–1954). Der vergessene zweite bzw. erste Vorsitzende (1918–1946), in: Der Verein für Reformationsgeschichte 1883–2008. 125 Jahre Vereins- und Forschungsgeschichte (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 200), hg. von Luise Schorn-Schütte, Gütersloh 2009, S. 60–99, insb. S. 87–96 (zur NS-Zeit).

das Kieler Konsistorium 1932 zum Rektor designatus. Sein Rektorenamt trat Scheel Anfang März 1933 an. Otto Scheel, den sein Amtsvorgänger August Skalweit (*1879–†1960) vor dem 30. Januar 1933 als einen der »Hauptstreiter im Kampf gegen den Hitlerismus« apostrophiert und in den er große Hoffnungen gesetzt hatte, enttäuschte ihn wie die anderen wenigen Kritiker des Nationalsozialismus an der Kieler Universität.⁸² Er sei »weiches Wachs« gewesen, so Skalweit,⁸³ als Rektor kein Streiter, der sich dem massiven Radikalisierungsprozess der März- und Aprilwochen 1933 entgegenstellte, der ausweichend auf die ersten Vertreibungen von Universitätsangehörigen jüdischen Glaubens reagierte und statt Widerstand zu leisten sich einer Rundfunk-Staffelreportage über die Bücherverbrennung auf dem Wilhelmsplatz im Mai 1933 anbot, in der auch die Bücher seines Vorgängers Skalweit zu Asche wurden. Die durch Ministerialerlass am 27. April angeordneten Neuwahlen für das Rektorat nahm Scheel daher gerne zum Anlass, auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Otto Scheels Zurückweichen vor den Nationalsozialisten verband sich ab 1941 mit seiner Funktion als Leiter des neugegründeten Deutschen Wissenschaftlichen Instituts in Kopenhagen und mit der dort von ihm im Auftrag des Reichspropagandaministeriums betriebenen aktiven Werbung für das nationalsozialistische Geschichtsbild.⁸⁴

Karl Dietrich Erdmann – Rektor vor der Studentenrevolte (1965/1966)

Der Neuzeithistoriker Karl Dietrich Erdmann wurde am 27. Juli 1965 zum Rektor der Christian-Albrechts-Universität gewählt und trat sein Amt, damals noch Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands, am 5. März 1966 an.⁸⁵ Der Rechenschaftsbericht, den der scheidende Rektor Erdmann im Jahr darauf vortrug, verdeutlicht den Wandel der CAU »von einer beschaulichen akademischen Lehranstalt in der frühen 1950er Jahren« zu einer Gruppen- und Massenuniversität der 1970/1980 Jahre.⁸⁶ Insofern gab sich Erdmann wie alle Rektoren zwischen 1960 und 1968 bei allen Problemen einer »ausgeprägte[n] Gegenwarts- und Zukunftsorientierung« »einer leicht hoffnungsvollen Dur-Melodie« (Erich Burck (*1901–†1994)) hin. Rektor Erdmann berichtete über die Universitätsbauten, über die Entwicklung der Zahl der Studentinnen und Studenten und die nicht Schritt haltende Erhöhung des Stellenpotentials, über die anstehende Studienreform und die Novellierung der Universitätsverfassung.

82 Zit. nach Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, 3 Bde., hier Bd. 2, 1, München 1991–1994, S. 76. Zu Scheel: Carsten Mish, »Führer der Universität«. Die Kieler Rektoren in der NS-Zeit, in: *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus* (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 86), hg. von Christoph Cornelißen und Carsten Mish, Essen 2009, S. 33–55, hier S. 36–38.

83 Zit. nach Heiber, *Universität* (wie Anm. 82), S. 265.

84 Christoph Cornelißen, *Das Kieler Historische Seminar in den NS-Jahren*, in: *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus* (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 86), hg. von Christoph Cornelißen und Carsten Mish, Essen 2009, S. 229–252, hier S. 244 u. 249f.

85 [O. V.], *Universitätsnachrichten*, in: *Christiana Albertina* 1 (1966), S. 85f.

86 Karl-Dietrich Erdmann, *Rektoratsübergabe 1967. Der Bericht des scheidenden Rektors*, in: *Christiana Albertina* 4 (1967), S. 75–88. Dazu: Christoph Cornelißen, *Von der Aufbruchsstimmung zum Krisendiskurs der 1970er Jahre. Die Christian-Albrechts-Universität im Spiegel ihrer Rektoratsreden*, in: *Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945* (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 88), hg. von dems., Essen 2014, S. 182–209, hier S. 182 u. 189.

Die erste Phase des massiven Neubauprogramms nach dem Radburn-System einer modularen Entwicklung mit der Gestaltung des Geländes an der Neuen Universität zwischen Westring, Olshausenstraße und den Bahngleisen sowie mit dem Aus- und Neubau der Universitätsklinik näherte sich 1967 langsam seinem Ende. Erdmanns Bericht glich einer »Erfolgsbilanz von einem Dauereinsatz an der ›Baufront«:⁸⁷ Universitätsbibliothek, Studentenhaus und Angerbauten am Westring, das Studentenwohnheim ›Oetkerhaus‹ beendet, Haut- und Kinderklinik, das Institut für Meereskunde an der Förde, zwei Hörsaalgebäude bei den Angerbauten, Auditorium Maximum und Hautklinik im Bau, allein im Jahr 1966/1967 25,1 Millionen DM verbaut, insgesamt »37 verschiedene größere und kleinere Baumaßnahmen« im Volumen von rund 150 Millionen DM. »Nach Westen« hin sei »ein Ausdehnungsgelände« (die spätere Leibnizstraße) mit Institutsgebäuden, biologischem Zentrum und Sportforum schon in der Konzeption.⁸⁸ Mit Sorgen betrachtete Erdmann die von ihm statistisch ausgewerteten ansteigenden Studierendenzahlen. Die Malaise der damals beginnenden und aller nachfolgenden Bildungsplanungen zeigte sich bereits: Die Kieler Universität nach dem Vorschlag des Wissenschaftsrats (1960) auf die Richtzahl von 5600 Studierende ausgebaut, war 1967 schon auf mehr als 7000 Köpfe angewachsen und die Abiturientenquote stieg von 1967 auf 1980 nicht, wie angenommen, von 8 auf 16 Prozent, sondern auf 22 und die Studienquote auf 19,5 Prozent. Von der galoppierenden Entwicklung seither soll weiter unten die Rede sein. Um 1975 studierten an der Kieler Universität jedenfalls über 10.000 junge Menschen.⁸⁹ Doch hinter dieser nicht vorhergesehenen Vermehrung der Immatrikulationen sei, so Erdmann, die Stellenentwicklung, insbesondere bei den Professuren und Mitarbeiterplätzen, deutlich zurückgeblieben, obwohl sich 1963 der Lehrkörper nahezu explosionsartig um 35 Prozent (20 neue Ordinariate und 83 Assistenturen) vermehrt hatte und zwölf weitere Professuren geplant waren. Was Erdmann nicht voraussehen konnte, war, dass der Ausbau des Personalbestands bis heute den Studierendenzahlen in bestimmten Fächern und Fächergruppen nicht Stand hält. Dass er aber einen Mangel an akademischem Nachwuchs gerade in den »ausgesprochenen Massenfächern« Germanistik, Anglistik, Romanistik und Jura reklamierte, vermag heute Verwunderung zu erzeugen.⁹⁰

Um Ideen für Reformen zu sammeln und zu diskutieren, hatte das Kieler Rektorat die ›Gruppe 85‹ ins Leben gerufen. Sie sollte sich zudem Vorstellungen darüber machen, wie man mehr Studierende in Mathematik und den Naturwissenschaften gewinnen könne, um den Mangel an Lehrernachwuchs in diesen Fächern zu begegnen, eine ungelöste Frage bis heute.⁹¹ Gerungen im Senat, den Fakultäten und der Vertretung der Studentinnen und Studenten wurde im Jahr 1966, nach Erdmanns Rektoratsbericht zu urteilen, um eine Studien-

87 Cornelißen, Aufbruchstimmung (wie Anm. 86), S. 191.

88 Erdmann, Rektoratsübergabe (wie Anm. 86), S. 76f.

89 Ebd., S. 77 u. 79f.; Cornelißen, Aufbruchstimmung (wie Anm. 86), S. 187.

90 Erdmann, Rektoratsübergabe (wie Anm. 86), S. 78.

91 Ebd., S. 80.

reform. Ob vom Land erzwungen oder nicht, jedenfalls hatte man sich mit *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums* auseinanderzusetzen. Herausgekommen sind, von Erdmann hochgelobt, gemessen an dem, was deutsche Hochschulen in immer neuen Reformen in den folgenden Jahrzehnten umzusetzen hatten, nach heutigem Verständnis Selbstverständlichkeiten: Straffungen der Studieneingangsphase gerade in den damals noch kaum strukturierten Studienordnungen der Geisteswissenschaften und eine akademische Zwischenprüfung, die in Kiel bis zu den Bologna-Reformen Bestand hatte.⁹² Verabschiedet im Februar 1967 wurde auch eine neue Universitätsverfassung, von Erdmann als »Ergebnis mehrjähriger Beratungen« bezeichnet. In dieser Zeit noch ohne rahmende Landeshochschulgesetze waren Verfassungen Angelegenheit der Professorenschaft. Zögernd nur waren seit 1962 informell auch Vertreter der Studentinnen und Studenten in den akademischen Selbstverwaltungskörpern zugelassen worden.⁹³ Jedenfalls führte Erdmann aus, dass »unsere Universität [...] endlich in die Lage gebracht werden« sollte, »an Stelle der längst veralteten Satzung aus dem Jahr 1928 nach einer modernen Gesichtspunkten Rechnung tragenden Rechtsordnung ihr inneres Leben zu gestalten.« Der Text der neuen Satzung lag dem Ministerium zur Genehmigung vor und beinhaltete nach der Darstellung Erdmanns: 1.) die Bildung eines Koordinierungsausschusses für eine engere Zusammenarbeit mit dem Land, 2.) eine moderne Institutsverfassung, 3.) die Teilhabe der Studentinnen und Studenten an den Gremien akademischer Selbstverwaltung, 4.) endlich die Forderung nach einem Gesetz für die wissenschaftlichen Hochschulen, was nach den ernüchternden, auch zermürenden Erfahrungen der letzten 50 Jahre seit 1967 gewiss der schlechteste Reformvorschlag war.⁹⁴ Er wurde nach langen Beratungen im Landtag 1972 in ein Hochschulgesetz gegossen.⁹⁵

Die Erfahrungen Erdmanns von »schwierigen Situationen« und »manchem Auf und Ab« in seinem »immer über den Weg eines offenen Wortes« wieder zu kittenden Verhältnis zu den Studentinnen und Studenten sollten schon unter seinen Nachfolgern, dem Zoologen Wolf Herre (*1909–†1997, Amtszeit: 1967/1968) und dem Althistoriker Horst Braunert (*1922–†1976, Amtszeit: 1968/1969) zu offenen politischen Auseinandersetzungen führen.⁹⁶ Die »Kluft zwischen dem Habitus vieler Professoren und dem der Studierenden«, der sich in der sogenannten Lebensstilrevolution auftat, vermengt mit politischen Forderungen,

92 Ebd., S. 81.

93 Cornelißen, *Aufbruchstimmung* (wie Anm. 86), S. 196.

94 Erdmann, *Rektoratsübergabe* (wie Anm. 86), S. 81f. Dazu: Christian-Albrechts-Universität Kiel (Hg.), *Leitsätze für ein Hochschulgesetz des Landes Schleswig-Holstein*, Kiel 1969.

95 Caroline E. Weber, »Keine weltferne Gelehrtenrepublik«. Regionale Schwerpunktsetzung und öffentliches Image der Universität Kiel zwischen Skandinavien und dem Ostseeraum 1945–2000, in: *Hochschulen im öffentlichen Raum. Historiographische und systematische Perspektiven auf ein Beziehungsgeflecht* (Beiträge zur Geschichte der Universität Mainz N.F. 17), hg. von Martin Göllnitz und Kim Krämer, Göttingen 2020, S. 165–190, hier S. 185–188.

96 Erdmann, *Rektoratsübergabe* (wie Anm. 86), S. 83.

ließ die überkommene akademische Institution Universität implodieren.⁹⁷ Äußere Formen wie die festliche Rektoratsübergabe unter Talaren und mit dem Amtseid des neuen Rektors in seiner lateinischen Feierlichkeit gerieten in den Vorstellungen der Protestierenden zum historischen ›Mummenschanz‹, sie wurden durch Happenings wie ›Teach-Ins‹ und ›Muff-Ins‹ mit Konfetti, Luftschlangen und Seifenblasen ersetzt. Gewaltsame Proteste entzündeten sich in Kiel bereits ab Januar 1968. Die Gründe waren vielfältig: als unzureichend angesehene Studienbedingungen, zahlreiche alltägliche Beschwerden wie der belastende Wohnungsmangel, zuletzt auch Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr.⁹⁸

Gerhard Fouquet – Prorektor und Präsident in einer Umbruchszeit (2005–2014)

Karl Dietrich Erdmann hielt noch im Sommersemester 1967 der herausziehenden »Monokratie eines Universitätspräsidenten« seine beglückenden Erfahrungen in der überkommenen »Troika« aus Rektor, Prorektor (dem Alt-Rektor) und Rektor designatus entgegen.⁹⁹ Kurzfristig war es indes bereits 1975 mit jener präsidentialen Alleinherrschaft soweit. Und 2008 hatte die Novellierung des Landeshochschulgesetzes wiederum den ›starken‹ Präsidenten bzw. die ›starke‹ Präsidentin geschaffen. Und so wurde der Mittelalterhistoriker Gerhard Fouquet, zuvor Dekan der Philosophischen Fakultät (2000–2002) und Prorektor (2005–2008), vom Senat im Dezember 2007 zum Präsidenten der Christian-Albrechts-Universität gewählt. Er trat das Amt am 1. Juni des Folgejahres an.

Die deutschen Universitäten sahen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit großen Herausforderungen konfrontiert.¹⁰⁰ Das grundsätzliche Problem bestand und besteht nach wie vor bei dem seit den 1970er Jahren obwaltenden Regiment struktureller Unterfinanzierung deutscher Universitäten. Bei den wissenschaftsorganisatorischen Herausforderungen einer sich gleichzeitig immer dramatischer öffnenden Schere zwischen historisch steigenden Abiturienten- und Studierendenzahlen in den Universitäten und den sich immer stärker entwickelnden Fachhochschulen einerseits sowie der davon abgekoppelten, die universitäre Einheit der Wissenschaften sprengenden Neu-Institutionalisierung ganzer Wissens- und Wissenschaftsbereiche andererseits sind die verbleibenden Spielräume nur sehr eng. Letzteres betraf zwar vornehmlich die Medizin sowie die Natur- und Technikwissenschaften, deren beste Teile indes bereits seit den endenden 1990er Jahren in asymmetrisch wesent-

97 Cornelißen, Aufbruchstimmung (wie Anm. 86), S. 197. Dazu: Julia Reverey, »Wir sind noch nicht am Ende des Weges!« Ein Interview mit Gabriele Schreib, in: Die 68er in Kiel. Sozialprotest und kultureller Aufbruch (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 85, 1), hg. von Christoph Cornelißen, Kiel 2009, S. 49–51. Allgemein: Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008.

98 Zu den Kieler Ereignissen: Rainer S. Elkar, Studieren in Kiel. Eine historisch-politische Zeitreise von den Anfängen bis zur Gegenwart (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 7), Husum 2015, S. 143–147; Zeitzeichen – Verein für Politik, Geschichte und Dokumentation (Hg.), Die Apo in Kiel. Die antiautoritäre Revolte 1967 bis 1972, Kiel o. J.; Stefan Bichow, »Verfolgung und Ermordung der Universitätswürde 1968«. Die Studentenproteste an der Christian-Albrechts-Universität, in: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt, hg. von Oliver Auge, Kiel/Hamburg 2015, S. 622–636.

99 Erdmann, Rektoratsübergabe (wie Anm. 86), S. 84.

100 Dazu auch: Gerhard Fouquet, Universität und Politik. Erfahrung eines Historikers in der Hochschulleitung (in Vorb.).

lich besser als die Universitäten ausfinanzierten und rechtlich flexibleren, daher international kompetitiveren außeruniversitären Forschungseinrichtungen besonders der Leibniz- und Helmholtz-Gemeinschaft ausgelagert wurden. Die Entwicklung stellte und stellt aber die Universität als solche in Frage.

Denn die Hochschulen wandelten sich in diesem Prozess, ohne es noch recht zu bemerken oder es politisch wahrhaben zu wollen, in ihrer personellen wie sächlichen Grundausrüstung disziplinar je unterschiedlich, aber in der allgemeinen Tendenz vielerorts zu reinen Lehrinstitutionen. Jedenfalls misst sie die öffentliche Hand nur noch an dieser, gewiss extrem wichtigen Aufgabe und gestaltet ihre Zuwendungen entsprechend. Die weitere Folge war und ist, dass die Abhängigkeit der außeruniversitären Institute von wettbewerblich eingeworbenen Drittmitteln ständig sank, während ihr Anteil an universitären Haushalten wie in Kiel und andernorts ständig stieg. Drittmittel wurden nicht nur das scheinbare Maß, um die Universität insgesamt in Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu messen, sondern im Inneren der Universität änderte sich auch ihre Funktion. Aus Drittmitteln wurden Haushaltsmittel. Durch sie wird die Forschung nahezu ausschließlich finanziert. Und die strukturell missgesteuerten Drittmittel brachten und bringen die unerwünschten Nebeneffekte hervor, zum einen zu einer sekundären oder symbolischen Währung degeneriert zu sein. Von ihr hängen nach der Besoldungsreform, die die Solidarität unter der Professorenschaft sprengte, Gehälter, akademische Reputation und von daher Perspektiven inneruniversitärer Lehr- und Forschungsplanung ab. Zum anderen erzeugen zu viele Drittmittel unter den Postdocs massenhaft problemreiche, weil übermäßig häufig akademisch perspektivenlose Zeitbeschäftigungen gerade in den Geisteswissenschaften, und zwar in einer Weise, die mittlerweile sowohl von Hochschulleitungen und Fakultäten als auch von den betroffenen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern selbst nicht mehr beherrschbar sind.

Darüber hinaus hat die wissenschaftspolitisch gewollte Übersteigerung der Drittmittelfinanzierung in der Exzellenzinitiative nur für die universitären Standorte Vorteile gebracht, die entweder schon zuvor besser ausfinanziert und ausgebaut waren oder es verstanden, mit benachbarten außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf bestimmten Wissensfeldern strategische Allianzen zu schmieden und sich selbst dabei über die dadurch hervorgerufene Profilbildung zu verändern. Wenige Gewinner und viele Verlierer bestimmen derzeit das Feld, ohne dass selbst die besten deutschen Universitäten auch nur annähernd in die Nähe internationaler Spitzenuniversitäten gekommen wären, zu gering, zu volatil, zu wenig nachhaltig, zu wenig das deutsche Wissenschaftssystem insgesamt verändernd sind die Effekte. Dennoch – wir in Kiel haben die Exzellenzinitiative sehr ernst genommen und als besondere Herausforderung für einen mittelgroßen Standort betrachtet, auch aus Furcht vor der wissenschaftspolitischen Infragestellung der Integrität der Universität. Gebildet wurden von den Akteuren vier große, auf Zeit gestellte interdisziplinäre Forschungsverbände, die über etliche Fakultäten und in Kooperation mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen ihren wissenschaftlichen Beitrag zu bedeutenden gesellschaftlichen Herausforderungen und Fragen zu leisten versuchten und zum Erfolg der Kieler Universität in der Exzellenzinitiative beigetragen haben.

Was die Bedingungen in Kiel und Schleswig-Holstein jener Jahre anging, so war die Situation in der Lehre dadurch geprägt, dass wie andernorts die Studierendenzahlen sprunghaft anstiegen. Das hieß in den acht Kieler Fakultäten von der Theologie bis zur Medizin: von ca. 18.000 auf 25.000, und all dies bei einer sich trotz Ausfinanzierung der Lohn- und Gehaltssteigerungen nominal nahezu neutral verhaltenden Finanzierungsgrundlage und mit den sattsam bekannten negativen Auswirkungen auf die Lehr-Lern-Bedingungen, die noch von den politisch gesetzten Curricularnormwerten negativ gefesselt werden. Die wissenschaftspolitische Antwort auf diese Not, hier wie anderswo in Deutschland und in anderen europäischen Ländern hieß zunächst Bologna-Prozess – kaschiert mit einer an sich sehr wünschbaren, Studiengänge und Studienabschlüsse harmonisierenden Internationalisierung, doch eigentlich nur ein elender, weil von der Finanzsituation diktiert Versuch der Konfektionierung des Wissens von zu Kunden degradierten Studentinnen und Studenten – einmal mit und dann nach den nationalen Studierendenprotesten des Jahres 2010 wieder ohne Studiengebühren. Dieses Experiment ging einerseits von der Administration des Wissens her fehl, weil es bei allen wohlfeilen Reduktionismustheorien keine »Einheitsform des Wissens und der Wissenschaft« geben kann.¹⁰¹ Und es scheiterte andererseits daran, dass von dieser Voraussetzung her keine einheitliche Organisationsform des Studiums gefunden werden konnte. Überdies macht es schon einen gewaltigen Unterschied, ob ein wissenstheoretisch wie wissenssoziologisch konstitutiver und von daher organisatorisch in traditionellen Studiengängen längst abgebildeter Wissenskanon gerade bspw. in den Natur-, Ingenieurs- oder Wirtschaftswissenschaften in den Bologna-Studiengängen zwar in neuen Modulen, aber in herkömmlicher curricularer Weise umgesetzt wird oder ob man ein dem freien lernenden Suchen nach Wissen in einem solcherart auch organisatorisch offen angelegten Studium der Geisteswissenschaften ohne entsprechenden Wissenskanon modular und curricular fesselt – *quod demonstrabatur*. Und so standen wir am Ende der Präsidentschaft 2014 vor einem, von Disziplin zu Disziplin zwar unterschiedlich zu bewertenden, aber insgesamt vom Ansatz her verfehlten, zumal teuren und in Deutschland hoffnungslos überregulierten Scherbenhaufen missgesteuerter Studienentwicklung. Die von Gerhard Fouquet in Kiel mitverantwortete Bologna-Reform konnte derart keine ihrer hehr gesteckten Ziele erreichen, noch nicht einmal die stärkere Internationalisierung des Studiums. Die Geisteswissenschaften werden sich auch um ihrer selbst willen intensiver als bislang der Lehramtsausbildung annehmen und ähnlich wie die Naturwissenschaften seit langem gerade im Master eigene, thematisch aufeinander abgestimmte Lehrveranstaltungen für angehende Lehrerinnen und Lehrer entwickeln

101 Peter Strohschneider, Zur Komplexität der Forschungsuniversität. Festrede zum Jahresempfang der CAU Kiel am 29. Januar 2014 (DFG-Schrift), S. 1–13, hier S. 3. Aus der Vielzahl an Stimmen lediglich die interessante vergleichende Perspektive der Lehrer- und Lehrerinnenbildung: Elisabeth Erdmann und Wolfgang Hasberg, Proceedings in History Teacher Education? Results of a Global Study of the Impacts of the Bologna Reform, in: International Journal of Research on History Didactics. Yearbook of the International Society for History Didactics 36 (2015), S. 205–214.

müssen, die sich, wie Studien zeigen, während ihrer Berufskarriere kein Fachwissen mehr aneignen.¹⁰²

Die Situation der Forschung in Kiel wurde zwischen 2005 und 2014 durch ein wissenschaftspolitisch schwieriges Umfeld beeinflusst. Schleswig-Holstein wies als Konsolidierungsland, einen vergleichsweise desaströsen Zustand öffentlicher Finanzen auf und zugleich wurden seit ca. 1995 durch die politischen Prioritätensetzungen diverser Landesregierungen unterschiedlicher politischer Couleur kleinere Universitäten und Fachhochschulen in der Fläche aufgebaut und gefördert, ohne die Finanzmittel für Forschung und Lehre entsprechend auszuweiten. Das beförderte strukturell dysfunktionale, weil nicht wettbewerbsfördernde, sondern -hemmende Konkurrenzen in der Medizin zwischen Kiel und Lübeck und in der Lehramtsausbildung zwischen Flensburg und Kiel. In der Medizin zeichnete sich am Ende der Präsidentschaft Gerhard Fouquets ein schwieriger, allerdings von Fakultäten wie dem UKSH weitgehend selbstbestimmt geführter organisationsstruktureller Kompromiss ab, der dann in etwas veränderter Form Eingang in das Hochschulgesetz fand. In der Lehramtsausbildung wurde 2014 lediglich ein schwer erkämpfter Burgfrieden herbeigeführt. Angesichts der bedenklichen Unterausstattung Flensburgs blieben die Verhältnisse indes grundsätzlich ungeklärt und schwebend.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts veränderte die Bundesregierung ihre Programmförderung im Hinblick auf die sogenannten ›Grand Challenges‹. Dies alles bewirkte, dass aus der Kieler Universität international herausragende Forschungsbereiche, wie die komplette Meeresforschung, die naturwissenschaftlich-empirische Unterrichtsforschung und große Teile der Küstenforschung herausgelöst wurden. Sie blieben als Einrichtungen der Leibniz- und Helmholtz-Gemeinschaft nur noch über ihr professorales Personal der Kieler Universität verbunden. Im Fall des Meeresforschungsinstituts Geomar vollzog sich sogar in einer für die Hochschulleitung schwierig zu bewertenden, intransparenten Nacht- und Nebel-Aktion des Jahres 2010 zwischen Bundes- und Landesregierung ein Übergang von der Leibniz- zur Helmholtz-Gemeinschaft. Politischer Anlass dafür waren die Finanznöte Schleswig-Holsteins, die auch den glücklich missglückten Versuch der Landesregierung im Jahre zuvor motiviert hatten, die Universität Lübeck aufzulösen.

Hinter all dem Selbstverständnis der Kieler Universität, in diesen Jahren zwischen 2008 und 2014 eine »Universität verbundener Wissenschaftskulturen« zu sein, stand die von der Hochschulleitung getragene Sorge für die Universität, den Reichtum ihrer Disziplinen als Identitätskern der Universität zu bewahren und zu verteidigen. Das war eine bewusst reservierte und konservative Haltung gegenüber den unabweisbaren Relevanzproblemen und den damit seit 2000 über die Universitäten gekommenen rechtlichen und administrativen Veränderungen.

102 Mareike Kunter u. a., Professionelle Kompetenz von Lehrkräften, kognitiv aktivierender Unterricht und die mathematische Kompetenz von Schülerinnen und Schülern (COACTIV). Ein Forschungsprogramm, in: Professionelle Kompetenz von Lehrkräften. Ergebnisse eines Forschungsprogrammes COACTIV, hg. von Mareike Kunter u. a., Münster 2011, S. 7–25.

Was bleibt?

Die neuen Aufgaben, auch die anderen sozialen Rollen, die die beobachteten akademischen Protagonisten von Friedrich Christoph Dahlmann bis Ludwig Steindorff in der Regel zeitweise annahmen, waren divers. Sie unterlagen bedeutendem epochalem Wandel – die Anforderungen heutiger Universitätspräsidenten etwa sind nicht mit dem einjährigen Rektorat der 1960er Jahre zu vergleichen, auch nicht das damit verbundene Selbstverständnis. Die Ämter unterschieden sich je nach Art der Funktion in Politik, Verbänden und Wissenschaftsorganisationen in ihren Anforderungen an Engagement, zeitlichem Aufwand und psychischer Belastung, sie waren von ihrer Einbettung in andere Lebensformen auch nicht immer bruchlos mit der sozialen Existenz als Professor oder Privatdozent zu vereinen – gerade die politische Sozialpraxis des ausgehenden 20. Jahrhunderts vertrug sich offenbar nicht mit der akademischen Lebensform. Der zeitweilige Rollenwechsel einzelner professoraler Mitglieder mag bei aller damit verbundenen Reputation auch gelegentlich zu einer je verschieden gearteten Belastung des Historischen Seminars geführt haben. Die Professur eines Universitätspräsidenten wie die Gerhard Fouquets musste von 2008 bis 2014 vertreten werden. Hartmut Lehmann, dessen Frühneuzeit-Professur zwischen 1987 und 1993/1996 während seiner Zeit als Direktor des DHI Washington auch nicht in Kontinuität fortgeführt werden konnte, berichtete 1999 in einem Interview davon, dass 1969 bei seinem Amtsantritt als Professor in Kiel Karl Dietrich Erdmann zwei Jahre lang »nicht da war. Er war damals Vorsitzender des Bildungsrats, deshalb wurde sein Lehrstuhl vertreten«.¹⁰³ Auffallend ist, dass alle beobachteten Akteure die wechselnden Rollen, auch die mit sehr anspruchsvollen Führungsaufgaben, in ihrer akademischen Sozialpraxis zu integrieren wussten. Sieht man auf die Veröffentlichungslisten gab es keinen oder wenig Stillstand. Dennoch fiel mir selbst, dies persönliche Wort sei angefügt, die gewollte Rückkehr in die Professur nicht leicht. Denn der Zwang, das professionalisierte Management einer heutigen Universität anzunehmen, bedeutet je länger, je mehr den kompletten Wechsel in eine andere Lebensform. Mein Weg zurück war einfach, was die Hochschullehre betraf, schwieriger dagegen zu bewältigen, was den Wissenschaftsbetrieb meiner Disziplin anging – zu viele neue Gesichter, die ich noch nicht kannte, zu viele Veröffentlichungen, die ich nicht hatte zur Kenntnis nehmen können. Aber das sind lediglich Oberflächenerscheinungen akademischer Sozialpraxis und daher lösbar. Warum überhaupt – dies ganz zum Schluss – die einzelnen Persönlichkeiten, die Herausforderungen einer zusätzlichen Aufgabe oder gar einer neuen sozialen Rolle auf sich nahmen, muss offenbleiben: Lust an neuen interessanten Tätigkeitsfeldern jenseits der Professur, Verantwortungsbewusstsein für eine Institution, für einen Verband, Passion am Politischen, auch Eitelkeit – wer weiß.

103 Interview mit Hartmut Lehmann zum Thema: »Neubeginn und Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft in den 1950/60er Jahre« am 27. April 1999, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/BEITRAG/intervie/lehmann.htm> (letzter Zugriff: 10.10.2022).

Autor

Gerhard Fouquet (Senior Prof. Dr. Dres. h. c.)

Kommissionsvorsitzender des Akademieprojekts ›Residenzstädte im Alten Reich (1300-1800)‹, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Historisches Seminar, fouquet@email.uni-kiel.de

Open Access

Der Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International veröffentlicht. Den Vertragstext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>. Bitte beachten Sie, dass einzelne, entsprechend gekennzeichnete Teile des Beitrags von der genannten Lizenz ausgenommen sein bzw. anderen urheberrechtlichen Bedingungen unterliegen können.